

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Adivasi-Vertreibung vorerst gestoppt

Am 13. Februar hatte der indische *Supreme Court* mit seinem Urteil für Aufsehen gesorgt, als er 21 Bundesstaaten angewiesen hatte, knapp zwei Millionen „illegale“ Waldbewohner und Indigene zu vertreiben, wenn sie keine Landrechte nachweisen können. Gut zwei Wochen später, am 28. Februar, hatte das Gericht überraschenderweise seine Entscheidung wieder ausgesetzt. Nun forderten die Richter Arun Mishra und Naveen Sinhadie die jeweiligen Regierungen der Bundesstaaten auf, genau zu prüfen und detailliert zu begründen, wann es sich um „illegale“ Waldbewohner handele und diese ihres Landes verwiesen werden könnten. Weitere Verhandlungen wurden bis auf weiteres vertagt. Damit hat auch die Regierung in Delhi zunächst Zeit gewonnen und vermeidet Wählerverluste, die ein solch weitreichendes Urteil unter Umständen haben könnte. Das Gericht wird sich erst am 10. Juli mit dem Fall beschäftigen, gut zwei Monate nach den Wahlen.

Gefahr einer kriegerischen Eskalation schwelt

Am 14. Februar verübte die dschihadistische Gruppierung *Jaish-e-Mohammed* (JeM) in Pulwama einen Selbstmordanschlag, bei dem 44 indische Soldaten starben. Am 24. Februar flog die indische Luftwaffe Angriffe gegen mutmaßliche Terrorcamps auf pakistanischem Gebiet. Pakistan schoss nach eigenen Angaben zwei Kampffjets ab, ein Pilot wurde in Gefangenschaft genommen. Vor einer weiteren Eskalation warnten etwa der *Council on Foreign Relations* (CFR), ein in Washington ansässiger Think-Tank. Dessen Südasien-Expertin Alyssa Ayres warnte: „Wir haben es hier tatsächlich mit einer gefährlichen Eskalationsspirale zu tun, auch wenn dies in vielen Teilen der Welt noch nicht angekommen ist.“ Anfang März schien sich die Lage allerdings zu beruhigen. Beide Seiten beteuern, auf Deeskalation zu setzen. Der Befriedung spielt in die Hände, dass zum einen Pakistan den festgesetzten Piloten freigelassen hat. Zum anderen traf sich die indische Regierung mit der Opposition, und gemeinsam verurteilten sie den Anschlag und unterstützten die Streitkräfte.

Nach Ansicht nationaler und internationaler Beobachter wäre es allerdings vorschnell zu glauben,

dass der Konflikt sich alsbald und ohne große Folgen entspannt. Zwei Faktoren könnten eine Eskalation bewirken: der schwindende Einfluss der Großmächte USA und Russland sowie die innenpolitische Situation in Indien. Premier Modi profiliert sich als nationalistischer Führer, der Indien den Weg aus der Krise weist. Vorgängerregierungen gingen behutsamer mit terroristischen Herausforderungen um, etwa die Singh-Regierung nach den Anschlägen von Mumbai 2008, und widerstanden einer nach Vergeltung lechzenden Öffentlichkeit. Eine mehrheitlich auf Nationalismus geeichte Medienlandschaft bekräftigt hingegen die Rede von „unseren Helden“, die im Einsatz für das Mutterland gefallen seien. Wer sich gegen die Kriegsrhetorik stemmt, wird als „antinationale“ und „Pakistan-Sympathisant“ beschimpft. Besonnene Stimmen sind in den Mainstream-Medien rar, finden sich aber etwa unter dem Hashtag *#SayNoToWar* in den sozialen Medien. Harsh Mander, Sozialaktivist und Initiator des Marsches für Mitgefühl, *Karwan-e-Mohabbat*, betonte, dass die Bürger/-innen beider Länder an einer kriegerischen Auseinandersetzung kein Interesse hätten. In den Großstädten fanden Protestmärsche statt, Anfang März hatte das Bündnis *Citizens Against War* zu einer Friedensdemo in Delhi aufgerufen.

Einfrieren der Greenpeace-Konten illegal

Das Höchste Gericht (*High Court*) im Bundesstaat Karnataka hat das Einfrieren der Konten von *Greenpeace India* als illegal bezeichnet. Richter Alok Aradhe hat damit eine Anweisung der Steuerbehörde *Enforcement Directorate* für nichtig erklärt. Mit der Begründung, gegen den *Foreign Exchange Management Act* (FEMA) verstoßen zu haben, hatten die Behörden vor über zwei Monaten den indischen Ableger der internationalen NGO lahmgelegt. Zahlreiche Mitarbeiter mussten entlassen werden. Die Behörden hatten Greenpeace vorgeworfen, 100 Prozent Anteilseigner der Direktmarketing-Firma *Direct Dialogue Initiatives India* (DDII) zu sein. Greenpeace hingegen präsentierte DDII als unabhängigen Geschäftsbereich, bei dem Greenpeace lediglich einer der großen Investoren und Anteilseigner ist. Mit der Konstruktion als Wirtschaftsbetrieb versuchen große zivilgesellschaftliche Organisationen wie Greenpeace, die den NGOs auferlegten Restriktionen beim Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu umgehen.

Schnaps kostet 155 Menschen das Leben

In mehreren Distrikten des Bundesstaates Assam hat der Konsum von gepanschem Schnaps zahlreiche Todesopfer gefordert. Der als *Hooch* bezeichnete Schnaps aus Methanol und *Jaggery* (unraffiniertes Palmzucker) wurde für zahlreiche Menschen auf den Teeplantagen Assams zum tödlichen Mix. Allein in den zwei Distrikten Golaghat und Jorghat starben bislang 95 und 60 Menschen. Insgesamt befinden sich laut Behörden noch 295 Personen in ärztlicher Behandlung.

Vedisches Bildungskomitee unter Ramdev?

Der Chef des Ayurveda-Imperiums *Patanjali*, Baba Ramdev, wird voraussichtlich Vorsitzender des von der BJP-Regierung geplanten vedischen Bildungskomitees. Es wird beim Bildungsministerium angesiedelt und soll sich für die Verbreitung vedischer Bildungsinhalte und Forschung stark machen. Dass Sanskritstudien (etwa die Veden) in Schulen und Hochschulen gefördert und in die offiziellen Lehrpläne integriert werden, gilt als unbedenklich. Bedenken ruft die Personalie Ramdev hervor, ein enger Modi-Freund, der das *Bhartiya Shiksha Board* (BSB) leiten soll. Damit steigt in den Augen der Kritiker die Gefahr der Einflussnahme der Hindu-nationalisten auf Bildungspläne und wissenschaftliche Forschung. Bereits in der Vergangenheit haben diese Lehrbücher umgeschrieben und fragwürdige Forschungsprojekte unterstützt. Auch Ramdev ist immer wieder durch abstruse öffentliche Behauptungen aufgefallen. Um sich seine Ernennung zu sichern, hatte Ramdev versprochen, 210 Millionen Rupien (rund 2,7 Millionen Euro) mit in die Komitee-Gründung einzubringen. Der Verdacht liegt nahe, dass die BJP-Regierung sich im Gegenzug mit dem prestigeträchtigen Posten bei Ramdev revanchieren wird.

Oscar für indischen Doku-Film

Die 25-minütige Doku *Period. End of Sentence* widmet sich dem Tabu der weiblichen Menstruation und beschreibt, wie damit im ländlichen Indien umgegangen wird. Unter der Regie der iranisch-amerikanischen Filmemacherin Rayka Zehtabchi und in Koproduktion mit der indischen Filmemacherin Guneet Monga (*Lunchbox*) erzählt die Dokumentation die Geschichte einer Gruppe von Frauen in Hapur (Uttar Pradesh). Menstruation und Hygiene werden hier enttabuisiert, indem die Frauen erlernen, wie ökologisch abbaubare Binden in Eigenproduktion mit einer kostengünstigen Maschine hergestellt werden können. Daraus wurde eine Geschäftsidee, und sie vertrieben fortan unter dem Mar-

kennamen FLY die Binden in den Dörfern der Region. Hilfestellung bei der Entwicklung der Maschine leistete das *Pad Project*, eine gemeinnützige Organisation, die von Studierenden der *Oakwood High School* (Ohio, USA) und *Action India* ins Leben gerufen wurde. Die Produktion erhielt bei der 91. Verleihung der *Academy Awards* den Oscar für die beste Dokumentation (Kurzfilm).

Anklage gegen „antinationale“ Studierende

Drei Jahre hat es gedauert, bis die Anklageschrift gegen die ehemaligen Studentenführer und Aktivist(inn)en der JNU (*Jawaharlal Nehru University*) wegen vermeintlicher Volksverhetzung und antinationaler Aktivitäten fertiggestellt war. Ausgerechnet kurz vor den landesweiten Wahlen soll Kanhaiya Kumar (ehemaliger Vorsitzender der *JNU Students' Union*), Umar Khalid (ehemaliger Vorsitzender der *Democratic Students' Union* an der JNU) und anderen der Prozess gemacht werden. Die Anklageschrift umfasst 1200 Seiten, doch die Beweise scheinen dünn. Dass es überhaupt zu einem Gerichtsprozess kommt, ist vermutlich den eigentümlichen Zuständigkeiten bei der Polizei von Delhi geschuldet. Sie ist der Bundesregierung unterstellt und fällt nicht unter die Hoheit der Regierung des *National Capital Territory Delhi*. Vermutlich steht ein langer Prozess durch alle Instanzen bevor.

Drei Jahre nach dem Tod von Rohith Vemula

Drei Jahre nach dem „Suizid“ des Dalit-Studenten Rohith Vemula sind noch immer keine Ermittlungen eingeleitet. Aus heutiger Sicht wurde Rohith offensichtlich in den Tod getrieben. Beobachter sprechen von „*institutional murder*“. Der Vizekanzler der *Hyderabad University*, Appa Rao, ist nach wie vor im Amt, Proteste auf dem Campus sind verboten, die Medien haben keinen Zutritt zur Universität. Dialog ist unerwünscht. So kämpfen Dalit-Aktivistinnen nach wie vor Seite an Seite mit Rohiths Bruder und seiner Mutter für einen *Rohith Vemula Act*, ein Gesetz, das Studierenden aus marginalisierten Gruppen Schutz vor Diskriminierung und weiterer Benachteiligung an höheren Bildungsinstitutionen bieten soll. Auf gesellschaftlicher Ebene hat der Tod Rohiths den Kastenbegriff mit Macht ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Viele junge Inderinnen und Inder der *Middle Class* entwickelten hierfür plötzlich ein Bewusstsein und nahmen die Kastenfrage nicht mehr bloß als abstraktes Konzept, sondern als soziale Realität wahr. Auch die *Ambedkar Students Association*, der Rohith angehörte, sieht unbeschadet der Tragik durch seinen Tod die Dalit-Bewegung in Indien gestärkt.

Anand Teltumbde kurzzeitig verhaftet

Der bekannte Bürgerrechtler Anand Teltumbde, der regelmäßig seine Stimme gegen Kastendiskriminierung erhebt (etwa als Kolumnist für die bekannte Zeitschrift *Economic and Political Weekly*), wurde zwischenzeitlich von der Polizei verhaftet. Die Behörden werfen ihm vor – wie den im August 2018 verhafteten Bürgerrechtlern, Anwälten und Journalisten –, ebenfalls Verbindungen zu maoistischen Gruppen zu unterhalten. Ermöglicht wird das drakonische Vorgehen der Behörden durch den *Unlawful Activities Prevention Act*. Einige Medien zeichneten zudem bereitwillig das Bild von Teltumbde als Teil der „Urban Naxals“, die einen Mord am Premierminister planten. Indische Behörden versuchen, Intellektuelle zu desavouieren und nicht zufällig vor den anstehenden Wahlen das Schreckgespenst der maoistischen Verschwörung zu beleben. Am 1. Februar hatte ein Gericht in Pune Teltumbdes Antrag auf Bewährung (*Anticipatory Bail*) abgelehnt und am 3. Februar verhaften lassen, entgegen einer Anordnung des *High Court*, die ihm bis zum 11. Februar Freiheit garantierte.

Weitere kritische Stimmen zum Schweigen gebracht

Ende Dezember 2018 sollte der bekannte Schauspieler Naseeruddin Shah das Literaturfestival von Ajmer in Rajasthan eröffnen. Doch unter wütenden Protesten hindunationalistischer Gruppen musste seine Grundsatzrede abgesagt werden. Shah hatte sich zum Lynchmord eines Polizeibeamten in Bulandshahr geäußert. Im Kontext von Gerüchten über Kuh-tötungen war er von einem Mob mit Steinen attackiert und in seinem Auto sitzend erschossen worden. Shah hatte daraufhin in einem Interview angemerkt, dass der Tod einer Kuh mehr zähle als der eines Menschen. Rechte Gruppen wie die *Bharatiya Janata Yuva Morcha*, eine Unterorganisation der BJP, hatten während des Literaturfestivals Slogans gerufen und es dem Schauspieler unmöglich gemacht, die Eröffnungsrede zu halten. Ebenso war die Autorin Nayan-tara Sahgal von der Eröffnung eines Literaturfestivals zur Marathi Literatur wieder ausgeladen worden. Die BJP hatte Druck ausgeübt und wollte sich vermutlich an der unbequemen Kritikerin rächen. Sahgal, eine Cousine von Indira Gandhi, hatte 2015, kurz nach Amtsantritt Modis, den *Sahitya Academy Award*, eine renommierte Künstler-Auszeichnung, aus Protest gegen die hindunationalistische und ausgrenzende Politik der Regierung abgelehnt.

Großer Lauschangriff

Am 20. Dezember hat das indische Innenministerium per Erlass dem großen Lauschangriff Tür und Tor geöffnet. Zahlreiche Regierungsinstitutionen können beinahe ohne Einschränkungen „schnüffeln“. Dazu zählen das *Intelligence Bureau* (IB), das *Narcotics Control Bureau* (NCB), das *Enforcement Directorate* (ED), das *Central Board of Direct Taxes* (CBDT), das *Directorate of Revenue Intelligence* (DRI), das *Central Bureau of Investigation* (CBI), die *National Investigation Agency* (NIA), das *Cabinet Secretariat (Research and Analysis Wing, RAW)*, das *Directorate of Signal Intelligence* (DSI, aktiv in Jammu und Kashmir und im Nordosten) sowie der *Commissioner of Police* in Delhi. Die Behörden wurden „autorisiert, jegliche Information abzuhören, zu überwachen und zu entschlüsseln, die von einem Rechner generiert, übermittelt oder empfangen wird“. Der große Aufschrei ist ausgeblieben. Die Sorge um die „nationale Sicherheit“ verdrängt anscheinend kritische Fragen und macht weitreichende Restriktionen der Informationsfreiheit möglich.

Swami Agnivesh solidarisch mit strafversetzten Nonnen

Der Aktivist und Hindu-Reformer Swami Agnivesh hat in einem Protestbrief an den Papst seinen Unmut zum Ausdruck gebracht. Vier Nonnen, die sich öffentlich für eine Inhaftierung des unter Vergewaltigungsverdacht stehenden Bischofs Franco Mulakkal eingesetzt hatten, waren strafversetzt worden. Agnivesh forderte den Papst auf, sich für die Nonnen und das mutmaßliche Opfer einzusetzen. Das Opfer hatte sich 2017 in Kerala den Kirchenoberen offenbart, sie sei zwischen 2014 und 2016 viele Male vom Bischof vergewaltigt worden. Erst mit dem Engagement einiger Schwestern des Ordens von den *Missionaries of Jesus* und zivilgesellschaftlichem Protest kam Bewegung in die Sache. Ein wichtiger Zeuge ist allerdings auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen, während der Bischof nach wie vor unter Bewährungsaufgaben auf freiem Fuß ist.

Erzbischof unter Druck

Der Erzbischof von Bombay, Kardinal Oswald Gracias, wird in einem Bericht der BBC vorgeworfen, „nicht rechtzeitig und nicht angemessen“ auf Missbrauchsvorwürfe reagiert zu haben. Die Vorwürfe richteten sich gegen den Priester Lawrence Johnson, der 2016 wegen des sexuellen Missbrauchs von Kindern verhaftet wurde. Die Eltern eines mutmaßlichen Missbrauchsopfers hatten das direkte Gespräch mit Kardinal Gracias gesucht und

ihm von den Vorfällen berichtet. Gracias, auf dem Weg nach Rom, beauftragte seinen Stellvertreter, Weihbischof Rodriguez, sich um das Opfer und dessen Familie zu kümmern. Allerdings hatte er zu dem Zeitpunkt den Vorfall nicht der Polizei gemeldet. Wie die BBC anmerkt, ist es möglich, dass der Kardinal gegen den *Protection of Children from Sexual Offences Act* (2012) verstoßen und sich selbst strafbar gemacht haben könnte.

Wachstum verlangsamt sich

Nach offiziellen Angaben ist das Wirtschaftswachstum im letzten Quartal 2018 auf 6,6 Prozent zurückgegangen. Ökonomen befürchten, dass der Konflikt zwischen Indien und Pakistan der Wirtschaft schaden könnte, Touristen ausbleiben und Auslandsinvestitionen zurückgefahren werden. Eine geringere Konsumnachfrage und Zurückhaltung bei neuen Investitionen werden zur Begründung angeführt. Kritiker werfen Modi vor, den herstellenden Sektor vernachlässigt und die versprochenen Arbeitsplätze für etwa 20 Millionen junge Leute, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömen, nicht geschaffen zu haben. Im Februar lag die Arbeitslosenrate bei 7,2 Prozent, der höchsten seit September 2016.

Regierungsprogramm für kleinbäuerliche Betriebe

Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Gorakhpur hat Premier Modi offiziell das Regierungsprogramm *Pradhan Mantri Kisan Samman Nidhi (PM-Kisan)* zur Unterstützung für kleine und kleinste Farmer vorgestellt. Die erste Rate von 2000 Rupien (rund 25 Euro) von insgesamt 6000 Rupien wurde an 10 Millionen Farmer überwiesen. Das Programm war im Haushaltsentwurf 2019-2020 enthalten, die erste Rate jetzt rechtzeitig vor den Wahlen ausgezahlt worden. Das Programm war für 120 Millionen kleinbäuerliche Betriebe konzipiert worden, bislang kommen aber nur 10 Millionen in den Genuss des Programms. Begünstigte müssen Grundbesitz, Ausweispapiere und eine Bankverbindung vorweisen, was schwierig ist. Bestätigt sind bislang die Angaben von 17 Millionen der 120 Millionen Farmer vor allem in Bundesstaaten, die von der BJP regiert werden. Der ehemalige (*Congress*-) Finanzminister Chidambaram sprach vom „Bestechungsgeld für Wahlstimmen“.

Priyanka Gandhi geht in die Politik

Priyanka Gandhi Vadra, Schwester des *Congress*-Vorsitzenden Rahul Gandhi, ist in die Politik eingestiegen. Laut Presseberichten wird die Enkelin Indira Gandhis

einen Posten als Generalsekretärin im Osten von Uttar Pradesh (UP) übernehmen. UP ist der bevölkerungsreichste Bundesstaat und wird wohl bei den Wahlen im Mai 2019 eine entscheidende Rolle spielen. Der Bundesstaat gilt als das „*Gateway zur Macht in Neu-Delhi*“. Zuvor war Priyanka als Beraterin für ihre Mutter und ihren Bruder tätig. Inwiefern die Kongresspartei vom Eintritt Priyanka Gandhis ins politische Geschäft profitieren kann, bleibt jedoch abzuwarten.

Propaganda-Filme für Modi-Wahlkampf

Mit Beginn des Wahlkampfs laufen in Indien zwei Pro-Modi-Filme in den Kinos an. Der eine stilisiert die konfrontative Politik der regierenden BJP mit Pakistan zur nationalen Aufgabe. Der andere müht sich, Manmohan Singh, Vorgänger Modis, als nachgiebigen und inkonsequenten *Congress*-Politiker zu diskreditieren. Der Film *The Accidental Prime Minister* basiert auf den Memoiren des ehemaligen Medienberaters Sanjay Baru. Zahlreiche Filmkritiker/-innen bezeichnen den Film als reine Propaganda. Der andere Film *Uri: The Surgical Strike* erzählt die (teils fikionalisierte) Geschichte eines Vergeltungsschlages der indischen Armee. Die Armee hatte auf einen Überfall durch dschihadistische Kämpfer auf ein Armee-Camp im indischen Teil von Jammu und Kaschmir am 18. September 2016 reagiert. Indische Spezialeinheiten flogen zehn Tage später mit Hubschraubern in den von Pakistan kontrollierten Teil Kaschmirs und töteten etwa 50 militante Kämpfer.

Chancen für Anti-Modi-Koalition sinken

Zu Beginn des Jahres hoffte die politische Opposition, der BJP bei den Nationalwahlen (11. April bis 19. Mai) gefährlich werden zu können. In Uttar Pradesh hatte sich eine Allianz zwischen *Bahujan Samaj Party* (BSP) und *Samajwadi Party* (SP) zuungunsten der BJP gebildet. BSP und SP treten in den Bundesstaaten Uttar Pradesh, Madhya Pradesh und Uttarakhand gemeinsam an. Dort werden zusammen 110 Sitze (von maximal 552) für die *Lok Sabha* vergeben. Auch andere Polit-Größen und Parteien wie Mamata Banerjee von *All India Trinamool Congress* (AITC), Chandrababu Naidu von der *Telugu Desam Party* (TDP), Sharad Pawar von der *Nationalist Congress Party* (NCP) und Arvind Kejriwal von der *Aam Aadmi Party* (AAP) hatten Interesse an einem großen Oppositionsbündnis (*Grand Alliance*). Die jüngste Vergeltung auf den Terroranschlag von Pulwama bescherte der BJP jedoch wieder Oberwasser. Die Oppositionsparteien werden als Abtrünnige verunglimpft. Sie würden die Armee durch Fragen im dubiosen Rafale-Deal demoralisieren und Pakistan so in die Hände spielen.